

Anlage 1

Tätigkeitsbericht KOMPASS (KommunalProgrAmmSicherheitsSiegel)

für den Zeitraum März 2019 – Juni 2020

Inhalt:

1. Was ist KOMPASS?
2. Präventionsrat
3. Was passiert aktuell?
 - a. Repräsentative Bürgerbefragung
 - b. Planung der ersten Sicherheitskonferenz
 - c. Konkrete Maßnahmen
4. Sichtbarkeit im öffentlichen Raum
 - a. Tätigkeit und Ausbau des FB Sicherheit und Ordnung
 - b. Schutzmann vor Ort
 - c. AG 428
5. Veranstaltungsteilnahme und Weiterbildung der KOMPASS-Beauftragten

1. Was ist KOMPASS?

Seit September 2018 beteiligt sich die Stadt Rüsselsheim am Main am Präventionsprojekt KOMPASS (**KommunalProgrAmmSicherheitsSiegel**) des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport.

Ziel des Projekts ist die Stärkung der Zusammenarbeit der Kommunen mit der Landespolizei im Sinne der Präventionsarbeit. Dieses Bestreben ist auch für Rüsselsheim von großer Bedeutung und besitzt einen hohen Stellenwert.

Die Begleitung des Projekts ist seit Frühjahr 2019 im Büro des Oberbürgermeisters angesiedelt und wird durch die Büroleiterin des Oberbürgermeisters als KOMPASS-Beauftragte seitens der Stadt Rüsselsheim begleitet. Zuvor wurde das Projekt durch den Fachbereich Sicherheit und Ordnung begleitet.

Weitere Projektbeteiligte sind zwei Vertreterinnen des Polizeipräsidiums Südhessen sowie Vertreter der Polizeistation Rüsselsheim.

Begleitend zur Arbeitsebene steht der Oberbürgermeister regelmäßig in Kontakt mit dem Polizeipräsidenten des PP Südhessen, dem Polizeidirektor der Polizeidirektion Groß-Gerau sowie der Polizeistation Rüsselsheim zu allgemeinen Sicherheitsthemen und insbesondere zur Sicherheitslage in unserer Stadt. In diesen Gesprächen forciert der Oberbürgermeister die Zusammenarbeit und fordert u.a. eine Verstärkung der Präsenz der Landespolizei in Rüsselsheim ein.

Bezüglich der Erhöhung der Präsenz der Landespolizei in Rüsselsheim sowie der Unterstützung durch die Landespolizei vor allem hinsichtlich des konsequenten Durchgreifens im Bereich

Drogenkriminalität, Unterstützung bei Gaststättenkontrollen und Besetzung von Doppelstreifen gemeinsam mit der Stadtpolizei wurde ebenfalls auf Spitzenebene mit dem Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport kommuniziert.

2. Präventionsrat

Der Präventionsrat der Stadt Rüsselheim besteht bereits seit 1994. 2014 kam es zur Einstellung der Arbeit bis zur Wiederaufnahme der Sitzungen in 2017. Nach dieser Pause wurde die konkrete Arbeit aber zunächst nicht konsequent weiterverfolgt.

Seit September 2018 beteiligt sich die Stadt Rüsselsheim am Main an dem Präventionsprojekt KOMPASS (**K**ommunal**P**rogr**A**mm**S**icherheits**S**iegel) des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport. Zwischen dem Präventionsrat und dem Projekt KOMPASS bestehen große Schnittmengen. In seiner Arbeit kann sich der Präventionsrat der formalen Struktur und der Angebote des Präventionsprojekts KOMPASS bedienen. Er hat im Gesamtgefüge steuernde Funktion und legt die strategischen Meilensteine der Präventionsarbeit fest.

Regelmäßige Mitglieder des Präventionsrates sind: Der Oberbürgermeister als Ordnungsdezernent, der Bürgermeister als Sozialdezernent, die KOMPASS –Beauftragte, Vertreter des Fachbereichs Sicherheit und Ordnung, der Integrationsbeauftragte, Vertreter der Polizeistation Rüsselsheim, ein Vertreter des Seniorenbeirats und eine Vertreterin der Frauenkammer. Zu den zukünftigen Sitzungen wird auch der Vorsitzende des Ausländerbeirates eingeladen. Der Präventionsrat legt die strategischen Meilensteine der Präventionsarbeit fest. In Kleingruppen/Untergruppen, die themenbezogen zusammengesetzt sind, werden die festgelegten Themen bearbeitet.

Sitzungen des Präventionsrats fanden seit der Neuordnung der Aufgabenstellung im Frühjahr 2019 am 24.06.2019, 29.10.2019 sowie 13.01.2020 statt. Die nächste Sitzung wird für nach den Sommerferien geplant. In dieser Sitzung werden die Ergebnisse der Sicherheitsbefragung vorgestellt (s. Abschnitt: Was passiert aktuell? – Repräsentative Bürgerbefragung).

Die Vorstellung und Bekanntmachung des Präventionsrats in der Öffentlichkeit ist ein essentieller Bestandteil der Arbeit. Eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wird konkret durch folgende Bestandteile realisiert:

- Repräsentative Bürgerbefragung
- Sicherheitskonferenz
- Mediale Begleitung, die gleichzeitig das subjektive Sicherheitsgefühl verbessern soll.

3. Was passiert aktuell?

a. **Repräsentative Bürgerbefragung**

Im Zeitraum 22.01. bis 20.03.2020 wurde im Rahmen des Projekts KOMPASS eine repräsentative Befragung der Rüsselsheimer Bürgerinnen und Bürger bezüglich ihres subjektiven Sicherheitsgefühls durchgeführt.

Ein Team der Professur für Kriminologie um Frau Prof. Dr. Britta Bannenberg an der Universität Gießen hat einen Fragebogen entwickelt, der das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung messbar macht und Auskunft über die Kriminalitätsfurcht in der jeweiligen Kommune gibt.

Nach wissenschaftlichen Maßstäben wurde durch das Team der Universität für Rüsselsheim eine Stichprobengröße von 3820 Personen errechnet, die anonymisiert befragt werden sollten. Zur Grundlage der zufälligen Stichprobe wurden alle Rüsselsheimer Bürgerinnen und Bürger herangezogen, die ein Mindestalter von 14 Jahren haben und entweder mit Haupt- oder Nebenwohnsitz in Rüsselsheim gemeldet sind.

Das Erstanschreiben an die zufällig getroffene Auswahl der Bürgerinnen und Bürger wurde per Post versandt und rief zu einer Beantwortung in der Online-Version des Fragebogens auf. Genauso war es aber auch möglich, durch eine Antwortpostkarte die Zustellung eines Fragebogens in Papierform anzufordern.

Die inhaltlichen Blöcke der Befragung gliederten sich wie folgt:

- Allgemeine Angaben zur Person
- Persönliches Sicherheitsgefühl – subjektives Empfinden/Kriminalitätsangst
- Persönliche Erfahrungen mit Straftaten
- Bekanntheit der bereits in Rüsselsheim durchgeführten Präventionsprojekte

Die Frage nach dem Sicherheitsempfinden sowie nach der tatsächlichen Erfahrung von Straftaten ist im Fragebogen immer verknüpft mit Angaben zu konkreten Orten in der Stadt. Dies gibt im Nachhinein die Möglichkeit, die genannten Örtlichkeiten unter kriminalpräventiven Aspekten zu betrachten.

Der Teilnahme an der Befragung lag bei 19,5% und liegt laut Aussage der Universität im Verhältnis zum Mindestwert für eine repräsentative Befragung (10%) und dem Antwortverhalten in anderen teilnehmenden Kommunen in einem absolut zufriedenstellenden Bereich.

Die Befragungsergebnisse werden aktuell durch die Uni Gießen ausgewertet und dargestellt.

Zusätzlich hat ein Masterstudent der Landespolizei das Projekt KOMPASS und dessen Umsetzung am Beispiel der Stadt Rüsselsheim am Main als Thema seiner Abschlussarbeit gewählt. In diesem Rahmen analysiert er die Befragungsergebnisse im Gesamtkontext der Sicherheitslage der Stadt Rüsselsheim auf Basis polizeilicher Daten. Hierdurch wird nach Fertigstellung der Arbeit eine noch tiefergehende Analyse der Befragungsergebnisse vorliegen als bei vergleichbaren Kommunen, die diese Sicherheitsbefragung durchführen.

Das Abgabedatum der Masterthesis mit dem Titel „KOMMunalProgrAmmSicherheitsSiegel – Die Sicherheitsanalyse als Grundlage kriminalpräventiver Maßnahmen am Beispiel der Stadt Rüsselsheim am Main“ ist der 14. August 2020.

b. Planung der ersten Sicherheitskonferenz

Die erste Sicherheitskonferenz war in der ursprünglichen Planung für den 18. Juni 2020 vorgesehen. Als Ziel dieser Sicherheitskonferenz war geplant, dass die Bürgerinnen und Bürger, die in der oben beschriebenen Zufallsauswahl der Befragung nicht ausgewählt wurden, hier trotzdem die Chance haben, ihre Wahrnehmungen und Anregungen zu platzieren.

Gezielte Einladungen sollten Vertreterinnen und Vertreter der Rüsselsheimer Vereine und vielfältiger weiterer Institutionen zugehen. Aber auch allen anderen Bürgerinnen und Bürgern sollte die Teilnahme offen stehen.

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte dieses Format leider nicht zum angedachten Zeitpunkt durchgeführt werden. Die Planung zu einem Nachholtermin, bzw. die Anpassung des Formats an die Corona-Bedingungen läuft derzeit in Abstimmung mit den KOMPASS-Beauftragten des Polizeipräsidiums Südhessen und der Universität Gießen.

c. Konkrete Maßnahmen

Beide Bausteine – die Sicherheitsbefragung sowie die Sicherheitskonferenz – dienen dazu, das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt abzufragen und aus den Ergebnissen konkrete Maßnahmen für die Präventionsarbeit abzuleiten.

Auf der Basis der Befragungsergebnisse wurden konkrete Orte im Stadtgebiet identifiziert, an denen sich Bürgerinnen und Bürger nach eigener Aussage unsicher fühlen. An einer Auswahl dieser Orte sollen Mitte Juli Ortsbegehungen mit Vertreterinnen und Vertretern der Universität Gießen, der Landespolizei (Kriminalprävention des Polizeipräsidiums Südhessen), des Fachbereichs Sicherheit und Ordnung, sowie des Tiefbauamtes stattfinden, um vor Ort konkrete Maßnahmen zu entwickeln.

Bereits vor der Sicherheitsbefragung hatte im September 2019 eine Begehung der Sophienpassage und der Unterführung in der Friedensstraße stattgefunden. Die Federführung hatte hier das Tiefbauamt unter Beteiligung der Fachbereiche Sicherheit und Ordnung, Umwelt und Planung sowie der Polizei (Abteilung städtebauliche Kriminalprävention).

Zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens in diesen Bereichen ist aktuell ein Beleuchtungskonzept in der konzeptionellen Abstimmung mit den Stadtwerken.

Dieses Vorgehen ist ein Positivbeispiel der Zusammenarbeit und soll als Blaupause für den Umgang mit Örtlichkeiten, die das subjektive Sicherheitsgefühl in der Stadt beeinträchtigen, dienen.

Gleichzeitig ist zu sagen, dass neben einem neuen Beleuchtungskonzept auch weitere Maßnahmen wie die Verbesserung von Sichtachsen durch Spiegel und andere bauliche Veränderungen zur Reduzierung von Versteckmöglichkeiten aufgrund fehlender Mittel bisher nicht umgesetzt werden konnten. Dieser Umstand zeigt an, dass für die konkreten zu entwickelnden Maßnahmen im Haushalt entsprechende Mittel vorzusehen sind. Um perspektivisch im Jahr 2021 handlungsfähig zu sein, werden für den Haushalt 2021 Mittel in Höhe von 50.000€ angemeldet. Zur Umsetzung von Einzelmaßnahmen erfolgen gesonderte Vorlagen mit entsprechender Kostenangabe zur jeweiligen Maßnahme.

4. Sichtbarkeit im öffentlichen Raum

a. Tätigkeit und Ausbau des Fachbereichs Sicherheit und Ordnung

Seitens der Stadt Rüsselsheim wird kontinuierlich an einem Ausbau des Bereichs Sicherheit und Ordnung gearbeitet. Dies erhöht die Möglichkeit, städtischerseits u.a. Kontrollen in den Bereichen des fließenden und ruhenden Verkehrs sowie in Gaststätten durchzuführen.

Um mehr Präsenz zeigen zu können, wurden die Stellen bei der Stadtpolizei und bei der Verkehrsüberwachung kontinuierlich erhöht. Bei der Stadtpolizei stehen seit 01.01.2019 10 Stellen zur Verfügung (im Vergleich: 2014: 3 Stellen, 2017: 8 Stellen). Bei der Hilfspolizei wurden im Haushalt 2019 10 neue Stellen geschaffen. Insgesamt stehen diesem Bereich damit 15 Stellen zur Verfügung, die sukzessive besetzt werden.

Eine ausführliche Darstellung ist dem Tätigkeitsbericht der Stadtpolizei zu entnehmen.

b. Schutzmann vor Ort

Im Oktober 2019 hat Polizeihauptkommissar Michael Reinhart seine Arbeit als „Schutzmann vor Ort“ aufgenommen. Mehr Präsenz im öffentlichen Raum und mehr Ansprechbarkeit der Polizei ist das erklärte Ziel des Konzepts „Schutzmann/Schutzfrau vor Ort“, das im Rahmen des Projekts KOMPASS ein weiterer Baustein zur Verbesserung der Zusammenarbeit der kommunalen Sicherheitsbehörden und der Landespolizei, sowie der Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger darstellt.

Der Schutzmann vor Ort ist vor allem Schnittstelle zu den Menschen der Stadt, aber auch in Richtung Stadtverwaltung und zu den örtlichen Sicherheitsbehörden.

Die Personalressource und die Ausrüstung stellt dabei die Landespolizei, die Räumlichkeiten und die Infrastruktur für die Tätigkeit werden durch die Stadt Rüsselsheim zur Verfügung gestellt.

Mit Aufnahme der Tätigkeit wurden Sprechstunden für die Bürgerinnen und Bürger dienstags von 15-17 Uhr im Wahlbüro an zentraler Stelle in der Innenstadt eingerichtet. Während dieser Sprechzeiten ist eine telefonische Erreichbarkeit unter der Nummer 83-2100 möglich. Außerhalb dieser Sprechzeiten kann Herr Reinhart über die Polizeistation Rüsselsheim unter der Nummer 06142/696-569 kontaktiert werden.

Aufgrund der durch das Corona-Virus bedingten außergewöhnlichen Umstände finden seit März keine persönlichen Sprechstunden statt. Die telefonische Erreichbarkeit ist aber sichergestellt. Eine Wiederaufnahme der Sprechstunden ist für Ende Juli geplant.

Neben den Sprechzeiten ist der Schutzmann vor Ort in Rüsselsheim unterwegs, nimmt Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern sowie Gewerbetreibenden auf und ist mit ihnen im Gespräch. Auch wird er zukünftig an den Sitzungen des Präventionsrats teilnehmen und an den Umsetzungen der Maßnahmen, die sich aus den Ergebnissen der Sicherheitsumfrage ergeben, beteiligt sein.

c. AG428

Neben der Zusammenarbeit im Projekt KOMPASS wurde im Frühjahr 2019 die AG428 gegründet. Im Rahmen dieser AG arbeiten Landespolizei, Bundespolizei, Verterinäramt, Gesundheitsamt, Zoll, Kommunales Jobcenter Kreis Groß-Gerau und verschiedenste Stellen der Stadtverwaltung Rüsselsheim (Stadtpolizei, Bauaufsicht, Gewerbeamt, KOMPASS Beauftragte) zusammen. Es werden koordinierte Maßnahmen und Kontrollen geplant und umgesetzt. Im Mittelpunkt standen im Jahr 2019 vor allem Gaststättenkontrollen und gemeinsame Verkehrskontrollen.

Vor allem die Gaststättenkontrollen zeigen Wirkung. Die Zahl der illegalen Spielautomaten ist deutlich zurückgegangen und Spielhallenbetreiber halten sich weitestgehend an die gesetzlichen Vorgaben. Gleichwohl ist geplant auch zukünftig regelmäßig gemeinsame Gaststättenkontrollen mit der Landespolizei durchzuführen.

Im Mai 2020 wurde die AG428 als eigenständige Organisationseinheit seitens der Landespolizei aufgelöst und organisatorisch anders eingebettet. Die Bezugspersonen haben sich allerdings nicht geändert, sodass die Zusammenarbeit fortgesetzt wird.

Auch in 2020 haben bereits gemeinsame Aktionen stattgefunden. Zuletzt die auch medial wirksame Großrazzia am 09. Juni 2020.

5. Veranstaltungsteilnahme und Weiterbildung

- Teilnahme am Bundeskongress Ordnung und Sicherheit
- Teilnahme am Seminar für KOMPASS-Beauftragte
- Teilnahme an den Sitzungen der AG428, des Präventionsrats und der „AG Sicherheit, Sauberkeit und Erscheinungsbild der Stadt“